

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtnachricht
Tageblatt Rieser,
Hermannstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1580,
Stroßgasse,
Rieser Nr. 52.

Nr. 223.

Mittwoch, 24. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereinstehens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeiträge können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Zur Deckung des neuen Fehlbetrages.

Mit dem bevorstehenden Zusammentritt des neuen Reichstages werden auch die Probleme unserer öffentlichen Finanzwirtschaft wieder brennend, aber die im Sommer der alte Reichstag geklärte ist. Der Etat für 1930 ist noch immer nicht erledigt, und wenn auch die Notverordnungen der gegenwärtigen Reichsregierung das Etatsdefizit zunächst notdürftig gedeckt haben, so hat doch die finanzpolitische Situation des Reiches infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise inzwischen eine weitere Verschlechterung erfahren. Bekanntlich hat erst jüngst das Institut für Konjunkturforschung das mutmaßliche Defizit dieses Etatsjahres trotz der letzten Steuererhöhungen auf rund 580 Millionen errechnet, und diese Schätzung dürfte gegenüber früheren optimistischen Auffassungen, die nur mit einem Fehlbetrag von 300 Millionen rechneten, auf Grund der Entwicklung in den letzten Wochen noch wohl die größere Wahrscheinlichkeit für sich haben. Auch das Kabinett rechnet bereits mit einem Bedarf von mindestens 400 Millionen.

Die Abdeckung eines so gewaltigen Defizits wird schon um deswillen nicht ganz einfach sein, weil dabei die Auswirkungen auf die Konjunkturlage diesmal mehr denn je berücksichtigt werden müssen. Rein theoretisch gibt es drei Möglichkeiten: Die Vermehrung der Ausgaben, die Senkung der Ausgaben und endlich die Aufnahme von Krediten. Eine Vermehrung des Steuerdrucks dürfte aber vollkommen ausgeschlossen sein. Durch jede Mehrbelastung der Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick müßte zwangsläufig die Unrentabilität vieler Erwerbsunternehmen weiter um sich greifen und damit die Steuerquellen noch mehr verliegen lassen. Die durch neue Steuern notwendig werdende Vergrößerung der Steuerverwaltung würde wahrscheinlich auch mehr Unkosten verursachen, als bestenfalls hereinkommen kann. Auf dem Gebiete der Steuererhebung tun im Augenblick nicht so sehr neue Steuern not, als vielmehr die endliche Erledigung des Steuervereinfachungsgebotes. Ganz gleichgültig, wie sich die Zusammenziehung der Reichsregierung noch gestalten mag, um die Einlösung dieses Wahlversprechens der Regierung bräutig wird man aus inneren Gründen schwerlich herumkommen können.

Der zweite Weg ist die Ausgabenlenkung. Hier wird natürlich Grundlegendes geschehen müssen. Zweifelhaft ist nur, ob die hier möglichen Maßnahmen sich noch im gegenwärtigen Etatsjahr so auswirken können, daß eine fühlbare Entlastung des Reichshaushalts noch für diesen Etat zu erwarten ist. Bekanntlich hat Reichsfinanzminister Dietrich geäußert, erst für den nächsten Etat eine weitere Senkung von 300 Millionen anzukündigen zu sollen. Seine Bemerkung, daß der Kampf mit den Ressorts dieserhalb bereits im Gange sei, läßt erkennen, daß es sich dabei keineswegs um eine ganz einfache Sache handelt. Vor allem wird man auch nicht verkennen dürfen, daß eine rein mechanisch droffende Ausgabenlenkung sich meist über wirtschaftliche und organische Zusammenhänge hinwegzusetzen biligt und daher leicht unerwünschte konjunkturelle Auswirkungen haben kann, die für die gegenwärtige Krise eine weitere Verschärfung bedeuten würden. Es darf in diesem Zusammenhange eben nicht übersehen werden, daß die 10—11 Millionen, die die öffentliche Hand an sachlichen und sonstigen direkt wirtschaftsfördernden Ausgaben macht, etwa 20 Prozent des Nettowertes der deutschen Sachgüterzeugung ausmachen, so daß größere Ausfälle im Augenblick nur einer Vermehrung der Soziallasten Vorschub leisten müßten.

Unter diesen Umständen dürfte in der Tat die Kreditaufnahme als das kleinste Übel erscheinen. Freilich, ob sie im gegenwärtigen Augenblick sehr große Erfolge verspricht, darf bezweifelt werden. Es zeigt sich auch hier, daß jede anhaltende Forderung der finanziellen Lage untrennbar mit der Klärung im Innern verknüpft ist.

Zuverlässige Stellungnahme des Reichspräsidenten.

X Berlin. Der Herr Reichspräsident von Hindenburg ist von verschiedenen Vertretern der nordamerikanischen Publizistik gebeten worden, an den Alarmnachrichten Stellung zu nehmen, die in den letzten Tagen über die deutsche Lage gerade in Amerika verbreitet worden sind. Seiner Gewohnheit entsprechend hat der Reichspräsident eine unmittelbare Antwort nicht gegeben. Er hat jedoch in seiner letzten mit dem Herrn Reichskanzler geführten Unterhaltung diesen ermächtigt, zu erklären, daß er die vom Reichskanzler am letzten Sonnabend dem Berliner Vertreter eines mit WTB. verbundenen amerikanischen Nachrichtenbüros gegebenen Ausführungen vollständig teile. Auch der Herr Reichspräsident ist der Auffassung, daß eine Wutstimmung in irgend einem Teile Deutschlands in keiner Weise vorliegt; übrigens würden die vorhandenen Vollzugsorgane durchaus ausreichen, in kürzester Zeit Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Der Herr Reichspräsident hat ferner in seiner letzten Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler der Ansicht der Reichsregierung, alle Kräfte dafür einzusetzen, um die seit längerer Zeit in Angriff genommenen umfassenden Sanierungsmaßnahmen zum Besten der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu Ende zu führen, seine ausdrückliche

Das Ergebnis der gestrigen Kabinettsitzung.

Feststellung des Programms bis Ende der Woche.

Keine Steuererhöhungen. — Ein umfassendes Programm auf längere Sicht.

Berlin, 24. September.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag in vierstündiger Sitzung die Beratung seines Finanz- und Reformprogramms begonnen. Eine amtliche Mitteilung über die Kabinettsitzung wird nicht ausgegeben, da die Beratungen heute abend und in den nächsten Tagen weitergehen. Von unterrichteter Seite erfahren wir jedoch, daß die gestrigen Verhandlungen bereits ein ganzes Stück vorwärts gekommen seien, so daß die Reichsregierung hofft, ihr ganzes Programm bis Ende der Woche fertigzustellen. Die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern würden in der nächsten Woche erfolgen. Anfang übernächster Woche könnten die Vorlagen dann wahrscheinlich an den Reichstag gehen. Das Programm gliedert sich in zwei Teile: 1. in die Maßnahmen, die erforderlich sind, um den augenblicklichen Notstand der Reichsfinanzen zu beseitigen. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt wird auf etwa 500 Millionen geschätzt. Er setzt sich zusammen aus einem Mindersteuereinnahme von 300 Millionen. Dazu kommt noch die Erhöhung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, die auf 400 Millionen angegeben wird, wovon das Reich entsprechend Artikel 4 der Notverordnung vom 27. Juli die Hälfte, also 200 Millionen, zu tragen hat. In der gestrigen Kabinettsitzung ist vor allem die Arbeitslosenversicherung behandelt worden. Mit einer Beitragser-

höhung ist nicht zu rechnen. Aber die Höhe verläuft noch nicht. In politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Beitrag auf 6% Prozent heraufgesetzt wird. Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich betont, daß zur Deckung des Fehlbetrages keine Steuererhöhung und keine neuen Steuern beschlossen werden. Auch ein Monopol komme unter keinen Umständen in Frage. Ueber die Einzelheiten der Deckung dürfte erst in den nächsten Tagen Bescheid gefast werden. 2. Außer diesem Teil des Programms, der die für die Zeit bis zum 1. April nächsten Jahres notwendigen Maßnahmen umfaßt, will das Kabinett aber auch bereits jetzt Entschlüsse für das Etatsjahr 1931-32 fassen.

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, zu dem unbedingt wieder Politik auf längere Sicht gemacht werden muß, damit die dringende Wiederkehr der Notwendigkeit, Fehlbeträge abzudecken, verhindert wird. Deshalb wird das Programm der Reichsregierung ohne jede Rücksicht auf nähere Betrachtung der Lasten ausgehen, wie sie nun einmal gegeben sind. Es wird in diesem zweiten Teil die Reformen enthalten, die das Kabinett für unerlässlich erachtet, und von denen verflüchtigt wird, daß sie sehr umfassend seien. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Kabinettsberatungen noch die ganze Woche in Anspruch nehmen werden.

Zufimmung erteilt. Er vertraut hierbei auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes und erwartet, daß trotz der ungewöhnlich schwierigen innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands diese großen Aufgaben auf dem Boden der bestehenden Verfassung gemeistert werden können.

Ruf der Städte an Regierung und Reichstag.

dd. Berlin. Der geschäftsführende Vorstand des Reichstädtverbundes taute unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten, Oberbürgermeisters Dr. Belian, am Dienstag in Berlin. An Hand von aus allen Teilen des Reiches des vorliegenden Material wurde erklärt, daß infolge der weiteren Ausbreitung der Arbeitslosigkeit die Wohlfahrtsausgaben zahlreicher Städte derart ansteigen seien, daß die Städte einer schweren Katastrophe ausweichen müßten, wenn ihnen nicht sofortige und ausreichende Hilfe zuteil werde.

In einer Entschlebung wurde die Reichsregierung ersucht, in letzter Stunde sich den im § 101 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung festgelegten Verpflichtungen nicht länger zu entziehen. Dieser Vortrag bestimmt, daß in Zeiten andauernd besonders unheiliger Arbeitslosigkeit der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der Reichskanzler die Gewährung der Arbeitslosenunterstützungen als Preisunterstützung abweichend von den Normalbestimmungen festsetzen muß. Die Gemeinden wünschen die Ausdehnung der Arbeitsförderung auf alle Berufe ohne zeitliche Beschränkung, um auf diese Weise selbst von dem finanziellen Sorgen der Wohlfahrtsverbände befreit zu werden. An den neuen Reichstag wird das Ersuchen gerichtet, das wichtige Problem unserer Innenpolitik, die Beschaffung ausreichender Arbeitslosgenheit sofort mit aller Energie in Angriff zu nehmen.

Nationalsozialistische Abfrage an Eugenber.

dd. Berlin. In einer von der Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten herausgegebenen Pressekorrespondenz, die der Abgeordnete Franz Stöhr leitet, wird den Nationalsozialisten gegenüber den Gerüchten, die von einem fraktionellen Zusammenschluß beider Gruppen wissen wollten oder mindestens von einer Kampfgemeinschaft unter Führung Eugenbergs eine entschiedene Abfrage ertitelt. Zunächst wird gesagt, daß die Propaganda Eugenbergs von den 150 Leuten des rechten Flügels ganz anders gedacht gewesen sein als es kam; man habe nämlich mit mindestens 80 bis 90 „Eugenbergianern“ bei den Nationalsozialisten gerechnet und nur mit 50 bis 60 Hitlerleuten. Immerhin aber habe Geheimrat Bang, der Intimus Eugenbergs, bereits bei einer Unterredung am 12. April dem Nationalsozialisten Dr. Friedl angekündigt, die Nationalsozialisten könnten im Falle einer Neuwahl von Blick reden, wenn sie wenigstens Fraktionsstärke erreichten. Wenn es nach den Nationalsozialisten ginge, so sollten die Nationalsozialisten ihren politischen Kredit eben so rasch verwirtschaften wie die Eugenberg-Gruppe den eigenen. Die Nationalsozialisten zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft müßten abgesehen werden. Hauptsächlich habe man nach diesem „kalten Wassertrahl“ eine Weile Ruhe vor unerbetenen Ratschlägen und Andeutungen.

Das endgültige Ergebnis im 28. Wahlkreis.

Unter Vorsitz von Oberregierungsrat Dr. Runge wurde am Dienstag mittag eine Sitzung des Kreiswahlprüfungsausschusses abgehalten, in der die amtliche Verlesung des Reichstagswahlresultates vom 14. September für den 28. Wahlkreis (Dresden-Gauten) erfolgte. Die endgültigen Zahlen weichen von den vorläufigen, in Klammern beigefügten Zahlen nicht sehr erheblich ab. Es waren nur zwei ganz belanglose Brandstiftungen zu verzeichnen, die sich auf Alt-Löhau und Neugraupa bezogen. Das amtliche Ergebnis stellt sich wie folgt:

Sozialdemokraten	389 526 (389 327)
Deutschnationale	65 786 (53 804)
Zentrum	15 906 (15 970)
Kommunisten	139 558 (139 414)
Deutsche Volkspartei	72 206 (72 182)
Christlichsozialer Volksgemeinschaft	5 551 (5 562)
Deutsche Staatspartei	81 653 (81 630)
Wirtschaftspartei	80 227 (80 208)
Nationalsozialisten	180 580 (180 550)
Landvolk	58 138 (57 809)
Volkrechtspartei	7 818 (7 396)
Konservative Volkspartei	11 664 (11 642)
Christlichsozialer Volksdienst	20 882 (20 860)
Reichsbund des Mittelstandes	1 252 (1 251)
Polen	223 (223)
Unabhängige Sozialdemokraten	623 (621)
Haus- und Grundbesitzer	2 589 (2 589)

Die Zahlen wurden sofort durch Fernsprecher dem Reichswahlleiter mitgeteilt. In einer weiteren Sitzung wird die Verteilung der Mandate auf die Parteien erfolgen.

Die Lattit Schieles.

qu. Berlin. Bekanntlich hat Minister Schiele auf sein Reichstagsmandat verzichtet, wie es heißt, weil er nur Minister sein wolle und Wert darauf lege, jeder Regierung wenn nicht anders als landwirtschaftlicher Fachminister anzugehören. Wie wir zuverlässig hören, entspricht diese Behauptung nicht den Absichten Schieles. Er würde, sobald es notwendig erscheint, ohne weiteres von seinem Ministerposten zurücktreten. Daß ein Zusammenarbeiten zwischen ihm und den Sozialdemokraten nicht in Frage kommt, bedarf keines Hinweises. Die Sozialdemokraten verlangen aber ausdrücklich auch, daß Schiele und Treutmanus aus der Regierung auscheiden müssen, falls sie die Regierung führen sollen. Dabei stellen sie diese Bedingung, wie uns zuverlässig versichert wird, nicht allein für den Fall, wenn sie in eine Koalition geben, sondern auch für den Fall, daß sie sich entschließen sollten, die Regierung durch ihre Unterstützung zu halten.

Vor einem neuen Dzeanflug.

* New York. Kapitän Bond und Leutnant Connor sind mit ihrem Flugzeug „Columbia“ am Dienstag um 21 Uhr MEZ. auf dem Flugplatz Harbour Grace (Neufundland) eingetroffen, um von hier aus einen Flug über den Ozean anzutreten. Wenn das Wetter gütig ist, sollte das Flugzeug heute Mittwoch früh aufsteigen.